

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 9. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 11.08.2005**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Andreas Nowotny	SKE
Herr Thomas Wunsch	SKE
Herr Eberhard Doege	
Frau Gudrun Beitz	
Frau Regina Fehse	
Frau Uta Balleyer	
Herr Lutz Müller	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	vertreten durch Frau Ute Haupt
Herr Michael Zeidler	SPD	
Frau Sabine Wolff	Neues Forum	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Wehrich	GRÜNE	
Frau Sabine Däschler	SKE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	

### **Gäste:**

Herr Volker Begert	- Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt - zu TOP 4
Herr Christian Ehrlich	- Landesamt für Umweltschutz – zu TOP 4
Herr Torsten Bayer	- Landesamt für Umweltschutz – zu TOP 4
Frau Katharina Lange	- FB 61 – zu TOP 4
Herr Joachim List	- FB 31 – zu TOP 4

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Informationen - Vorläufiger Aktionsplan zur Durchsetzung der EG-Rahmenrichtlinie "Luftqualität"
5. Vorlagen
- 5.1. Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates der Stadt Halle vom 26.01.2000 zur Bildung des Polizeibeirates  
Vorlage: IV/2005/05013
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

### Protokoll:

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Schiller**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

### Protokoll:

Ohne förmliche Abstimmung wurde der nachfolgenden Tagesordnung zugestimmt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Informationen  
- Vorläufiger Aktionsplan zur Durchsetzung der EG-Rahmenrichtlinie „Luftqualität“
5. Vorlagen
- 5.1 Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates der Stadt Halle vom 26.01.2000 zur Bildung des Polizeibeirates  
Vorlage: IV/2005/05013
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **Protokoll:**

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

### zu 4      **Informationen - Vorläufiger Aktionsplan zur Durchsetzung der EG-Rahmenrichtlinie "Luftqualität"**

---

#### **Protokoll:**

**Herr Schiller** bat darum, dass zu dem Tagesordnungspunkt Gäste das Rederecht erhalten. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

**Herr Doege** verwies in seinen einleitenden Bemerkungen auf die Festlegung der Sitzung des Ausschusses am 17.03.05, in der im Zusammenhang mit dem Fachvortrag des Landesamtes für Umweltschutz zum Luftreinhalteplan Halle festgelegt wurde, dass nach sechs Monaten ein weiterer Sachstand zu geben ist. Der Aktionsplan sei vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt erarbeitet worden, befinde sich in der Auslegungsphase, und die Bevölkerung habe die Möglichkeit, von ihrem Beteiligungsrecht Gebrauch zu machen.

**Herr Begert** machte u. a. darauf aufmerksam, dass bis Oktober diesen Jahres ein Luftreinhalteplan nach Bundesimmissionsschutzgesetz § 47 Abs. 2 erarbeitet werde, der mehr Maßnahmen enthalte als der jetzige Aktionsplan. Der vorläufige Aktionsplan sei gesetzlich notwendig geworden, weil die PM 10-Grenzwerte überschritten wurden.

Der Ausschuss verständigte sich darüber, dass die von **Herrn Dr. Ehrlich und Herrn Bayer** vom Landesamt für Umweltschutz gehaltenen Vorträge den Fraktionen als E-Mail zugeleitet werden. Dies geschah am 12. 08. 2005.

Auf die Frage von **Herrn Klaus**, warum die Container in Straßenschluchten gestellt werden, teilte **Herr Begert** mit, dass es EU-rechtlich festgesetzte Kriterien gäbe.

Zum Einwand von **Herrn Schiller**, dass der Hauptbahnhof, insbesondere die Taxistände, vergessen worden sei, antwortete **Herr Dr. Ehrlich** dahingehend, dass bis zur Fertigstellung des Luftreinhalteplanes Untersuchungen erfolgen werden.

**Herr Doege** machte darauf aufmerksam, dass die Durchführung der Nassreinigung Kosten in Höhe von 20.000 € verursachen werden, die nicht umlagefähig seien. Bei der Stadtwirtschaft müssen noch Fahrzeuge umgerüstet werden. Bisher erhielt die Stadtwirtschaft ein für die Nassreinigung speziell ausgerüstetes Fahrzeug leihweise von Leipzig.

Auf die Frage von **Herrn Nowotny**, ob mit der LKW-Maut eine höhere Verkehrsbelastung in den Städten zu verzeichnen sei, antworteten **Herr Bayer und Herr Begert**. Sie teilten unter anderem mit, dass darüber bisher noch keine Ergebnisse vorliegen würden.

**Frau Lange** ergänzte, dass die Stadt Verkehrszählungen durchgeführt habe, die zurzeit ausgewertet werden.

**Herr Begert** informierte, dass die Weltgesundheitsorganisation Untersuchungen zur Gesundheitsrelevanz von solchen Feinstäuben durchgeführt habe. Es gelte als erwiesen, dass solche Feinstäube eine hohe gesundheitliche Relevanz hätten. Letztendlich sei es so, dass keine konkrete Schwelle bekannt sei. Allerdings müsse davon ausgegangen werden, dass Feinstaub in jeder Konzentration gewisse gesundheitliche Effekte hervorrufe. Auf die Zahl 35 habe man sich im Rahmen der Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten geeinigt, die aber nicht wissenschaftlich begründet sei.

Bei der beabsichtigten Novelle werde gegenwärtig überlegt, ob man sich von den Grenzwerten verabschiedet und eher von stringenten Jahresmittelwerten ausgehe.

Es sei auch nicht so, dass nur die Länder und Kommunen aufgefordert seien, Maßnahmen zu ergreifen. Auch die Bundesregierung sei in der Pflicht, z. B. Einführung von Dieselrußfiltern. Ebenso stehe die EU-Kommission in der Pflicht.

**Herr Nowotny und Frau Lange** verwiesen auf den öffentlichen Personennahverkehr und den Einsatz von Erdgas betriebenen Bussen.

**Herr Doege** antwortete, dass die Möglichkeiten des Ausbaus und der Nachrüstung des Fuhrparks auch finanzielle Konsequenzen habe. Die Oberbürgermeisterin habe sich an alle städtische Unternehmen gewandt bezüglich der Umrüstung der Fahrzeuge oder des Umstellens auf mit Erdgas betriebene Fahrzeuge.

Auf den Hinweis von **Frau Krischok**, die Straßenbahnhaltestelle in der Merseburger Str., Richtung Ammendorf erst nach der Ampel zu verlegen, antwortete **Frau Lange** dahingehend, dass ein Teil der Merseburger Straße umgebaut werde und eine Verlegung der Haltestelle nach der Verkehrsampel vorgesehen sei.

Ferner verwies **Frau Krischok** im Zusammenhang mit der Nassreinigung darauf, dass Fußwege vor desolaten Häusern nicht gereinigt werden. Hierzu müsse es Auflagen gegenüber den Grundstückseigentümern geben.

**Herr Begert** verwies darauf, dass effektive, Ereignis bezogene Maßnahmen festgelegt werden sollten.

Da der Luftreinhalteplan Ende Oktober/Anfang November diesen Jahres vorliegen werde, empfahl **Herr Doege**, die Feinstaubproblematik im März nächsten Jahres wieder im Ausschuss zu behandeln. Dazu gab es keine gegenteilige Auffassung.

## **zu 5      Vorlagen**

### **zu 5.1      Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates der Stadt Halle vom 26.01.2000 zur Bildung des Polizeibeirates Vorlage: IV/2005/05013**

---

#### **Protokoll:**

**Herr Doege** begründete die Vorlage.

Zum Einwand von **Herrn Dr. Yousif**, dass die Sitzung des Polizeibeirates nicht öffentlich war, der Präventionsrat seine Beratungen öffentlich durchführe, antwortete **Herr Doege**. Er teilte u. a. mit, dass die Informationen der Polizei sich überwiegend auf Berichte bezogen, die auch in der Presse veröffentlicht wurden. Mitteilungen, die bestimmten Sicherheitsbestimmungen unterliegen würden, werden im Präventionsrat nur sehr zurückhaltend gegeben.

**Frau Krischok** bezog sich auf die Anlage 4 der Vorlage und verwies darauf, dass in der Vergangenheit nicht nur Jugendkontaktbeamte im Polizeibeirat berichteten. Es gäbe noch andere Kontaktbeamte. Daher sei dies entsprechend zu ergänzen. Ferner wollte sie wissen, ob die Aufgaben im Präventionsrat zu bewältigen seien.

**Herr Doege** antwortete, dass die Aufgabenfelder im Präventionsrat diskutiert wurden und die Auffassung bestehe, dass diese zu bewältigen seien.

Sodann kam es zur Abstimmung der Vorlage.

#### **Abstimmungsergebnis**

5	- Ja-Stimmen
2	- Stimmenthaltungen

Somit wurde der Vorlage zugestimmt.

#### **zu 6      Anfragen**

---

##### **Protokoll:**

**Herr Dr. Yousif** fragte nach dem Stand des Umzugs der Ausländerbehörde und der personellen Aufstockung.

**Herr Doege** informierte, dass zurzeit die Voraussetzungen für den Umzug der Ausländerbehörde in das Objekt Am Stadion 5 geschaffen werden. Das ZGM werde Ende September die Umbauarbeiten abschließen, so dass der Umzug im Oktober/November 2005 erfolgen könne.

#### **zu 7      Beantwortung von Anfragen**

---

##### **Protokoll:**

**Frau Krischok** bedankte sich für die Beantwortung ihrer Anfrage zu den 2004 erteilten Standgenehmigungen an Parteien, Verbände und Vereine.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

## zu 8 Anregungen

---

### Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

## zu 9 Mitteilungen

---

### Protokoll:

**Herr Doege** informierte, dass der in der Stadtratssitzung am 29.06.05 verwiesene Antrag zu Mobilfunkanlagen heute deshalb nicht auf der Tagesordnung stand, weil die Vertreterin der einreichenden Fraktion wegen Urlaub an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Da der Antrag sowohl in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten als auch in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verwiesen wurde, schlägt die Verwaltung vor, diesen in einer gemeinsamen Sitzung am 22.09.05 zu behandeln. Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Ferner teilte **Herr Doege** mit, dass die Verkehrswacht e.V. vor längerer Zeit den Wunsch äußerte, ihr Aufgabenprofil im Ausschuss vorzustellen. Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorschlag zu, dass am 17.11.05 bei der Dekra die Ausschusssitzung stattfindet und hier die Verkehrswacht berichtet.

Des Weiteren informierte **Herr Doege**, dass am 2. September 2005 der Tag der Verkehrssicherheit auf dem Hallmarkt stattfindet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Hans-Jürgen Schiller  
Stellv. Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege  
Beigeordneter

Gudrun Beitz  
Protokollantin